

Grundkurs Europarecht

Schroeder

8. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-81902-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Werner Schroeder
Grundkurs Europarecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Grundkurs Europarecht

von

Univ.-Prof. Dr. Werner Schroeder, LL.M.

Universität Innsbruck

8. überarbeitete und erweiterte Auflage 2024


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H.BECK

Zitiervorschlag: Schroeder Grundkurs EuropaR § 1 Rn. 1

beck-shop.de
beck.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN 978 3 406 81902 5

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen

Vorwort zur 8. Auflage

Die Neuauflage berücksichtigt zahlreiche Neuerungen im Recht der Europäischen Union (Union) und wichtige Entscheidungen der Unionsgerichte sowie der nationalen Gerichte mit Bezug zum Unionsrecht. Wie in den Vorjahren haben sich insbesondere die Vorschriften über die Werte der Union, ihr Rechtsschutzsystem, die Grundrechte sowie betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts besonders dynamisch entwickelt. Auch das Recht des Beitritts zur Union wurde mit Blick auf neue Kandidatenländer wie die Ukraine überarbeitet. Die Rechtsstaatskrise in einigen Mitgliedstaaten hat wichtige EuGH-Urteile zum Vorrang des Unionsrechts, zum Rechtsstaatsprinzip und zum Rechtsschutzsystem der Union hervorgebracht. Berücksichtigt wurden auch die unionsrechtlichen Aspekte des deutschen „Dieselskandals“ sowie der COVID 19-Pandemie.

Unverändert bleibt der Anspruch des Grundkurses. Er will Studierenden das notwendige Wissen im Unionsrecht, dem Europarecht im engeren Sinne, vermitteln. Ich habe versucht, die Materie durch Beispielfälle mit Lösungen und Schemata verständlich zu machen, und zwar für Studierende der Rechtswissenschaften und benachbarter Fächer. Durch Konzentration des Stoffs auf die prüfungsrelevanten Bereiche soll das Buch Einsteigern in die Materie ebenso wie Examenskandidaten im Bereich des Pflichtfachs, aber auch der Schwerpunktbereiche oder der Wahlfächer eine Hilfe sein. Es ist für Studierende an deutschen und österreichischen Universitäten geeignet. Da das Europarecht stärker als andere Rechtsgebiete von der Judikatur geprägt ist, orientiert sich die Darstellung an Entscheidungen des EuGH. Die im Grundkurs besprochenen Urteile sind im Sachverzeichnis genannt.

Eine weitere Besonderheit des Grundkurses Europarecht besteht darin, dass das Unionsrecht aus verschiedenen Perspektiven dargestellt wird. Die Diskriminierungsverbote, Grundfreiheiten und Grundrechte des Unionsrechts werden als individuelle Rechte begriffen, die Einzelne gegenüber Mitgliedstaaten oder Unionsorganen geltend machen können. Das Unionsrecht hat jedoch auch eine objektiv-rechtliche Perspektive. Nationale Gesetzgeber, Gerichte und Behörden müssen unionsrechtliche Vorschriften bei der Rechtserzeugung und -anwendung von Amts wegen beachten.

Mein Dank gilt meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Institut für Europarecht und Völkerrecht, die mich bei der Überarbeitung des Grundkurses unterstützt haben, insbesondere Frau Alice Falkner, Frau Anna Illmer, Herrn David Löffler und Herrn Leonard Reider.

Für Kritik und Anregungen bin ich stets dankbar (werner.schroeder@uibk.ac.at).

Innsbruck, im Februar 2024

Werner Schroeder

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 8. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII

Einführung

§ 1. Begriff des Europarechts	1
-------------------------------	---

Erster Teil. Die Verfassung der Union

§ 2. Grundlagen der Union	4
§ 3. Aufbau und Organisation der Union	25
§ 4. Verfassungswerte und -grundsätze der Union	53
§ 5. Wirkung des Unionsrechts	64
§ 6. Quellen des Unionsrechts	83
§ 7. Gesetzgebung der Union	117
§ 8. Vollziehung des Unionsrechts	135
§ 9. Rechtsprechung der Union	143
§ 10. Haftung nach Unionsrecht	179

Zweiter Teil. Das Unionsrecht und der Einzelne

§ 11. Bürger als Subjekte des Unionsrechts	195
§ 12. Diskriminierungsverbote	203
§ 13. Unionsbürgerrechte	214
§ 14. Grundfreiheiten	228
§ 15. Grundrechte	314

Dritter Teil. Das Unionsrecht und die Mitgliedstaaten

§ 16. Rechtsstellung der Mitgliedstaaten	333
--	-----

Vierter Teil. Das Wirtschaftsrecht der Union

§ 17. Elemente der Wirtschaftsverfassung der Union	343
§ 18. Binnenmarkt der Union	344
§ 19. Wettbewerbsrecht	352
§ 20. Vergaberecht	389

Fünfter Teil. Die wichtigsten Politikbereiche der Union

§ 21. Auswärtiges Handeln der Union	397
§ 22. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	417
§ 23. Wirtschafts- und Währungspolitik	425
§ 24. Landwirtschaftspolitik	433
§ 25. Sozialpolitik	436
§ 26. Umweltpolitik	440

Sachverzeichnis	445
-----------------	-----

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII

Einführung

§ 1. Begriff des Europarechts	1
I. Prüfungsanforderungen im Fach Europarecht	1
II. Unionsrecht als Europarecht im engeren Sinne	2

Erster Teil. Die Verfassung der Union

§ 2. Grundlagen der Union	4
I. Europäische Integration	4
1. Europaidee	4
2. Theoretische Grundlagen	4
3. Monnet-Methode	5
II. Europäische Gemeinschaften	6
1. Pariser Vertrag und Römische Verträge	6
2. Reformen der Gemeinschaftsverträge	8
III. Europäische Union	8
1. Vertrag von Maastricht	8
2. Vertrag von Amsterdam	10
3. Vertrag von Nizza	10
IV. Europäische Verfassung	11
1. Post-Nizza-Prozess	11
2. Verfassungsvertrag von 2004	12
3. Bestehende Verfassungsgrundlagen der Union	13
V. Union nach dem Vertrag von Lissabon	14
VI. Mitgliedschaft in der Union	15
1. Beitritt	15
2. Austritt	16
3. Ausschluss?	17
VII. Anwendungsbereich, Inkrafttreten und Änderung der Verträge	18
1. Räumlicher Anwendungsbereich	18
2. Zeitlicher Anwendungsbereich	19
3. Sachlicher Anwendungsbereich	19
4. Inkrafttreten und Vertragsänderung	20
VIII. Union in gesamteuropäischer Perspektive	22
1. Europarat	22
2. Beziehungen zu europäischen Drittstaaten	24
3. Verhältnis zu EFTA-Staaten	24
§ 3. Aufbau und Organisation der Union	25
I. Autonomes institutionelles System	25
II. Rechtlicher Status der Union	26
1. Konstruktion der Union	26
2. Rechtsfähigkeit	27

3. Rechtsnatur	27
III. Organe der Union	28
1. Allgemeines	28
a) Begriff	28
b) Fusion	29
c) Sitz	29
d) Sprache	30
e) Organbeziehungen	31
2. Europäisches Parlament	31
a) Funktion	31
b) Wahl und Zusammensetzung	33
c) Organisation	36
3. Europäischer Rat	37
4. Rat	38
a) Funktion	38
b) Zusammensetzung	39
c) Organisation	40
d) Beschlussfassung	41
5. Kommission	43
a) Funktion	43
b) Zusammensetzung und Organisation	44
6. Gerichtshof der Europäischen Union	46
a) Funktion	46
b) Zusammensetzung und Organisation	47
c) Gericht	48
d) Fachgerichte	48
e) Entscheidungen	49
7. Rechnungshof	49
8. Wirtschafts- und Sozialausschuss	49
9. Ausschuss der Regionen	50
10. Europäische Zentralbank	50
11. Agenturen und Ämter	51
§ 4. Verfassungswerte und -grundsätze der Union	53
I. Allgemeines	53
II. Demokratieprinzip	55
1. Repräsentative Demokratie	55
2. Partizipation	57
3. Transparenz	57
4. Parlamentarische Rechte	58
III. Rechtsstaatsprinzip	58
1. Rechtsstaatlichkeit	58
2. Effektiver Rechtsschutz	59
3. Grundrechte und rechtsstaatliche Verfahrensprinzipien	59
4. Institutionelles Gleichgewicht	60
IV. Föderales Prinzip	61
1. Verankerung im EUV	61
2. Funktion der Mitgliedstaaten	62
3. Kompetenzordnung	62
4. Subsidiarität	62
5. Loyalität	63
§ 5. Wirkung des Unionsrechts	64
I. Funktionalität	64
1. Effektive Zielverwirklichung	64
2. Auslegungsgrundsätze	65

II. Supranationalität	66
III. Unionsrecht und nationales Recht	67
1. Gebot der einheitlichen Wirkung	67
2. Unmittelbare Geltung	68
3. Vorrang	69
a) Begründung	69
b) Tragweite des Vorrangs	71
c) Anwendungsvorrang	75
4. Unmittelbare Anwendbarkeit	76
a) Begründung und Voraussetzung	76
b) Konsequenzen	77
5. Wirkung des Unionsrechts in den Mitgliedstaaten	78
a) Deutschland	78
b) Österreich	83
§ 6. Quellen des Unionsrechts	83
I. Überblick über die Rechtsquellen	83
1. Primärrecht	84
a) Umfang	84
b) Verfassungscharakter der Verträge	84
2. Völkerrecht	86
3. Sekundärrecht	86
4. Gemeinsame Akte der Mitgliedstaaten	88
5. Atypische Handlungen	90
a) Interinstitutionelle Vereinbarungen	90
b) Organinternes Recht	91
c) Mitteilungen und andere Verwaltungsvorschriften	91
d) Erklärungen	92
II. Rechtsakte nach Art. 288 AEUV	92
1. Allgemeines	92
2. Verordnung	93
a) Bedeutung	93
b) Allgemeine Geltung	93
c) Umfassende Verbindlichkeit	94
d) Unmittelbare Geltung	94
e) Unmittelbare Anwendbarkeit	95
3. Richtlinie	96
a) Bedeutung	96
b) Verpflichtung zur Umsetzung	96
c) Wirkung vor Ablauf der Umsetzungsfrist	98
d) Unmittelbare Wirkung	99
aa) Begründung	99
bb) Voraussetzungen	100
cc) Fallgestaltungen	102
dd) Rechtsfolgen der unmittelbaren Wirkung	107
e) Richtlinienkonforme Auslegung	109
4. Beschluss	113
5. Empfehlung und Stellungnahme	116
§ 7. Gesetzgebung der Union	117
I. Allgemeines	117
II. Kompetenzen	118
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	118
2. Kompetenztypen	120
a) Ausschließliche Kompetenzen	120
b) Geteilte Kompetenzen	121

c) Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungs Kompetenzen	122
d) Atypische Kompetenzen	123
3. Kompetenzausübung	123
a) Subsidiaritätsprinzip	123
b) Verhältnismäßigkeitsprinzip	125
III. Verfahren	125
1. Gesetzgebungsverfahren	126
a) Allgemeines	126
b) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	126
c) Besondere Gesetzgebungsverfahren	127
2. Rechtsetzung ohne Gesetzgebungscharakter	128
a) Allgemeines	128
b) Delegierte und durchführende Rechtsetzung	129
3. Rechtsetzung durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	131
4. Begründungspflicht	132
5. Inkrafttreten	132
6. Mitwirkung nationaler Einrichtungen an der Gesetzgebung der Union	132
a) Beteiligung nationaler Parlamente	133
b) Beteiligung der Länder	134
§ 8. Vollziehung des Unionsrechts	135
I. Allgemeines	135
II. Vollziehung durch die Union	137
III. Vollziehung durch die Mitgliedstaaten	139
1. Recht und Pflicht zur Vollziehung durch die Mitgliedstaaten	139
2. Kontrollvorbehalt der Union bei Vollziehung durch die Mitgliedstaaten	140
3. Vollziehung in Bundesstaaten	141
§ 9. Rechtsprechung der Union	143
I. Rechtsschutzsystem	143
1. Effektiver und umfassender Rechtsschutz	143
2. Rechtsschutz in der PJZS und der GASP	145
3. Mehrstufiger Rechtsschutz	146
4. Vorläufiger Rechtsschutz	146
a) Vorläufiger Rechtsschutz durch Gerichte der Union	146
b) Vorläufiger Rechtsschutz durch nationale Gerichte	149
5. Durchsetzbarkeit von Gerichtsentscheidungen	151
II. Vertragsverletzungsverfahren	151
1. Zulässigkeit	151
a) Zuständigkeit	151
b) Beteiligtenfähigkeit	151
c) Klagegegenstand	152
d) Vorverfahren	152
e) Rechtsschutzinteresse	153
2. Begründetheit	153
3. Konsequenzen	153
III. Nichtigkeitsklage	155
1. Zulässigkeit	155
a) Zuständigkeit	156
b) Beteiligtenfähigkeit	156
c) Klagegegenstand	156
d) Klagebefugnis	157
e) Ordnungsgemäße Klageerhebung	161
2. Begründetheit	161
3. Inhalt der Entscheidung	162

IV. Untätigkeitsklage	163
1. Zulässigkeit	164
a) Zuständigkeit	164
b) Beteiligtenfähigkeit	164
c) Klagegegenstand	164
d) Vorverfahren	164
e) Klagebefugnis	165
f) Ordnungsgemäße Klageerhebung	166
2. Begründetheit	166
3. Inhalt der Entscheidung	166
V. Schadenersatzklage	167
1. Zulässigkeit	167
a) Zuständigkeit	167
b) Beteiligtenfähigkeit	168
c) Klagegegenstand	169
d) Klagebefugnis	169
e) Verjährung	169
f) Ordnungsgemäße Klageerhebung	169
2. Begründetheit	170
3. Inhalt der Entscheidung	170
VI. Vorabentscheidungsverfahren	171
1. Bedeutung	171
2. Zulässigkeit	172
a) Zuständigkeit	172
b) Vorlageberechtigtes Gericht	172
c) Vorlagegegenstand	173
d) Vorlagefrage	174
3. Inhalt und Wirkung der Vorabentscheidung	175
4. Vorlagepflicht	175
a) Vorlagepflichtige Gerichte	175
b) Abweichen von der Vorlagepflicht	176
c) Maßnahmen zur Durchsetzung einer Vorlage	177
§ 10. Haftung nach Unionsrecht	179
I. Funktion	179
II. Haftung von Privatpersonen	180
III. Haftung der Union	181
1. Handeln eines Organs oder eines Bediensteten der Union	181
2. Ausübung einer Amtstätigkeit	181
3. Rechtswidrigkeit	182
4. Verschulden	183
5. Schaden	184
6. Kausalität	184
7. Verjährung	184
IV. Haftung der Mitgliedstaaten	184
1. Rechtsgrundlage	184
2. Haftungsbegründende Voraussetzungen	187
a) Verstoß gegen eine Norm, die dem Einzelnen Rechte verleihen soll	187
b) Zurechenbarer Verstoß	188
c) Hinreichend qualifizierter Verstoß	190
d) Unmittelbarer Kausalzusammenhang	191
e) Kein Verschuldenserfordernis	191
3. Haftungsfolgen	191
a) Verweis auf anderweitige Ersatzansprüche	191
b) Richterspruchprivileg	192

c) Ersatzfähiger Schaden	192
d) Mitverschulden	192
e) Prozessuale Fragen	193

Zweiter Teil. Das Unionsrecht und der Einzelne

§ 11. Bürger als Subjekte des Unionsrechts	195
I. Individualrechtliche Fragestellungen	195
II. Überblick über die Rechte des Einzelnen	196
1. Entstehung individueller Rechte im Unionsrecht	196
2. Ausdrückliche individuelle Rechte	197
3. Unmittelbar anwendbare Vorschriften	197
4. Ungeschriebene individuelle Rechte	199
III. Träger individueller Rechte	200
1. Unionsbürger	200
2. Juristische Personen	200
3. Angehörige von Drittstaaten	201
IV. Adressaten individueller Rechtspositionen	202
1. Mitgliedstaaten	202
2. Unionsorgane	202
3. Privatpersonen	203
§ 12. Diskriminierungsverbote	203
I. Allgemeines Diskriminierungsverbot nach Art. 18 AEUV	204
1. Sachlicher Anwendungsbereich	204
2. Persönlicher Anwendungsbereich	206
3. Diskriminierungsbegriff	207
4. Rechtfertigung	209
II. Antidiskriminierungsmaßnahmen nach Art. 19 AEUV	209
III. Gleichbehandlung von Männern und Frauen	211
§ 13. Unionsbürgerrechte	214
I. Unionsbürgerschaft	214
1. Bedeutung	214
2. Unionsbürgerstatus nach Art. 20 AEUV	215
II. Freizügigkeit nach Art. 21 AEUV	217
1. Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	217
2. Schranken	219
III. Politische Teilhaberechte	223
1. Kommunalwahlrecht nach Art. 22 Abs. 1 AEUV	223
2. Wahlrecht zum Europäischen Parlament nach Art. 22 Abs. 2 AEUV	224
3. Bürgerinitiative nach Art. 11 Abs. 4 EUV und Art. 24 Abs. 1 AEUV	225
4. Petitionsrecht nach Art. 24 Abs. 2 AEUV	225
5. Recht zur Anrufung des Bürgerbeauftragten nach Art. 24 Abs. 3 AEUV	225
6. Kommunikationsrecht nach Art. 24 Abs. 4 AEUV	226
7. Recht auf Dokumentenzugang nach Art. 15 Abs. 3 AEUV	226
IV. Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz nach Art. 23 AEUV	227
§ 14. Grundfreiheiten	228
I. Allgemeine Lehren	228
1. Bedeutung der Grundfreiheiten	228
2. Verhältnis der Grundfreiheiten zueinander	229
II. Anwendungsbereich	232
1. Grenzüberschreitende Situation	232
2. Ausnahmen	234
3. Missbrauch der Grundfreiheiten	234

III. Berechtigte	235
IV. Verpflichtete	236
1. Mitgliedstaaten	237
2. Privatpersonen	238
3. Unionsorgane	240
V. Verbotene Beschränkungen	241
1. Verbot jeglicher Diskriminierung	241
2. Nichtdiskriminierende Beschränkungen	242
a) Grundsatz: Verbot jeder Behinderung	243
b) Eingrenzung auf nichtdiskriminierende Beschränkungen des Marktzugangs	244
c) Eingrenzung für nichtdiskriminierende Beschränkungen durch weitere Kriterien	246
VI. Rechtfertigungsgründe	247
1. Allgemeines	247
2. Ausdrückliche Rechtfertigungsgründe	248
3. Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	249
4. Verhältnismäßigkeitsprinzip	251
5. Kollision mit Unionsgrundrechten	254
VII. Warenverkehrsfreiheit	256
1. Allgemeines	256
2. Anwendungsbereich	256
3. Verpflichtete	257
4. Zoll- und Abgabenrecht	258
a) Bedeutung der Zollunion	258
b) Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung	259
5. Einfuhrbeschränkungen	261
a) Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen	261
b) Maßnahmen gleicher Wirkung	262
c) Rechtfertigungsgründe	265
aa) Allgemeines	265
bb) Art 36 AEUV	265
cc) Zwingende Erfordernisse im Allgemeininteresse	268
6. Ausfuhrbeschränkungen	270
VIII. Arbeitnehmerfreizügigkeit	272
1. Allgemeines	272
2. Anwendungsbereich	272
3. Verpflichtete	275
4. Inhalt des Freizügigkeitsrechts	276
a) Diskriminierungsverbot	276
b) Mobilitätsrechte	276
c) Beschränkungsverbot	277
5. Ausnahmen	278
a) Öffentliche Verwaltung	278
b) Rechtfertigung	279
c) Missbrauch	280
IX. Niederlassungsfreiheit	281
1. Allgemeines	281
2. Anwendungsbereich	282
3. Verpflichtete	286
4. Inhalt der Niederlassungsfreiheit	287
a) Diskriminierungsverbot	287
b) Mobilitätsrechte	287
c) Beschränkungsverbot	288
d) Anerkennung von Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen	291

5. Ausnahmen	293
a) Öffentliche Gewalt	293
b) Rechtfertigung	293
c) Missbrauch	295
X. Dienstleistungsfreiheit	295
1. Allgemeines	295
2. Anwendungsbereich	296
3. Verpflichtete	299
4. Inhalt der Dienstleistungsfreiheit	300
a) Diskriminierungsverbot	300
b) Mobilitätsrechte	301
c) Beschränkungsverbot	301
d) Anerkennung von Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen	303
5. Ausnahmen	303
a) Öffentliche Gewalt	304
b) Rechtfertigung	304
c) Missbrauch	305
XI. Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	306
1. Allgemeines	306
2. Anwendungsbereich	307
3. Verpflichtete	309
4. Inhalt der Kapitalverkehrsfreiheit	309
a) Diskriminierungsverbot	309
b) Beschränkungsverbot	310
5. Ausnahmen	311
a) Drittstaaten	311
b) Rechtfertigung	312
c) Missbrauch	314
§ 15. Grundrechte	314
I. Allgemeines	314
1. Entwicklung der Grundrechte	314
2. Europäische Grundrechtecharta	316
3. Verhältnis zur EMRK	316
4. Verhältnis zu nationalen Grundrechten	320
II. Anwendungsbereich der Grundrechte	322
1. Berechtigte	322
2. Verpflichtete	323
a) Unionseinrichtungen	323
b) Mitgliedstaaten	323
c) Privatpersonen	326
III. Funktion der Grundrechte	326
IV. Struktur der Grundrechte	327
V. Grundrechtliche Gewährleistungen	330
VI. Gerichtliche Durchsetzung der Grundrechte	332
Dritter Teil. Das Unionsrecht und die Mitgliedstaaten	
§ 16. Rechtsstellung der Mitgliedstaaten	333
I. Prüfungsrelevante Fragestellungen	333
II. Allgemeines	333
III. Mitwirkungsrechte der Mitgliedstaaten	334
1. Vertragsänderung und Beitritt	334
2. Gesetzgebung	335
3. Vollziehung	335

4. Rechtsprechung	336
5. Entscheidungen in Bezug auf die Unionsorgane	336
6. Erlass von begleitendem Unionsrecht	337
7. Schutz- und Notstandsklauseln	337
IV. Pflichten der Mitgliedstaaten	337
1. Beachtung des Vorrangs	338
2. Anwendung von Unionsrecht/Nichtanwendung von nationalem Recht	338
3. Gewährung von effektivem Rechtsschutz	339
4. Effektive Vollziehung von Unionsrecht	339
5. Umsetzung von Richtlinien	340
6. Unionsrechtskonforme Auslegung	341
7. Schutzpflichten aus dem Unionsrecht	341
V. Sanktionen gegen Mitgliedstaaten	342
1. Vertragsverletzungsverfahren	342
2. Staatshaftung	342
3. Sanktionen nach Art. 7 EUV	342

Vierter Teil. Das Wirtschaftsrecht der Union

§ 17. Elemente der Wirtschaftsverfassung der Union	343
I. Soziale Marktwirtschaft	343
II. Funktionsgarantien für das Wirtschaftsrecht der Union	343
§ 18. Binnenmarkt der Union	344
I. Begriff	344
II. Rechtswirkungen	344
III. Integrationsmethoden	345
IV. Rechtsangleichung nach Art. 114 AEUV	346
1. Rechtsangleichungskompetenzen	347
2. Tatbestandsvoraussetzungen	347
3. Hohes Schutzniveau	349
4. Verhältnis zu anderen Kompetenzen	350
5. Nationaler Alleingang	351
§ 19. Wettbewerbsrecht	352
I. Ziele	352
II. Zuständigkeiten	352
III. Kartellrecht	353
1. Anwendungsbereich	353
2. Unternehmen als Adressaten	354
3. Verbotenes Verhalten	355
4. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	356
5. Wettbewerbsbeschränkung	357
6. Tatbestandsausnahmen vom Kartellverbot	359
7. Freistellung vom Kartellverbot	359
8. Verbotsfolgen	362
9. Rechtsschutz	363
IV. Missbrauchsverbot	363
1. Allgemeines	363
2. Marktbeherrschende Stellung	363
3. Missbrauch	365
4. Verbotsfolgen und Rechtsschutz	367
V. Fusionskontrolle	367
1. Anwendungsbereich	368
2. Materielle Genehmigungsvoraussetzungen	368
3. Verfahren	369

4. Rechtsschutz	370
VI. Öffentliche Unternehmen und Daseinsvorsorge	371
1. Ziele	371
2. Öffentliche und privilegierte Unternehmen	371
3. Freistellung nach Art. 106 Abs. 2 AEUV	373
4. Sekundärrechtliche Liberalisierung	375
VII. Beihilfenrecht	376
1. Beihilfe	377
a) Begünstigung	377
b) Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe	379
c) Bestimmte Unternehmen	380
d) Wettbewerbsverfälschung	381
e) Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	381
2. Ausnahmen vom Beihilfenverbot	382
3. Beihilfenverfahren	384
4. Rückzahlung der Beihilfe	386
5. Rechtsschutz	388
§ 20. Vergaberecht	389
I. Ziele	389
II. Rechtsgrundlagen	389
III. Anwendungsbereich	392
1. Öffentlicher Auftraggeber	392
2. Öffentlicher Auftrag	392
IV. Vergabeverfahren	394
V. Rechtsschutz	395
VI. Nationales Vergaberecht	396
Fünfter Teil. Die wichtigsten Politikbereiche der Union	
§ 21. Auswärtiges Handeln der Union	397
I. Erfasste Bereiche	397
II. Teilnahme der Union am völkerrechtlichen Verkehr	398
1. Völkerrechtsfähigkeit	398
2. Handlungsfähigkeit	398
3. Außenvertretung der Union	398
III. Internationale Übereinkünfte und Unionsrecht	399
1. Vertragsschlusskompetenzen der Union	399
2. Beteiligung der Organe	401
3. Wirkung von internationalen Übereinkünften der Union im Unionsrecht	402
4. Altübereinkünfte der Mitgliedstaaten	405
IV. Besondere Beziehungen	407
1. Assoziierung	407
2. Wirtschafts- und Freihandelszonen	408
3. Beziehungen zu Internationalen Organisationen oder Vertragsorganen	408
V. Außenhandelsrecht	409
1. Ziele	409
2. Kompetenzverteilung	409
3. Instrumente	411
VI. GASP	414
1. Allgemeines	414
2. Institutionelle Struktur	416
§ 22. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	417
I. Allgemeines	417
II. Einzelne Politikbereiche	418

1. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	418
2. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	421
3. Polizeiliche Zusammenarbeit	424
4. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	424
§ 23. Wirtschafts- und Währungspolitik	425
I. Allgemeines	425
II. Wirtschaftspolitik	426
III. Währungspolitik	429
§ 24. Landwirtschaftspolitik	433
I. Allgemeines	433
II. Ziele	433
III. Instrumente	434
§ 25. Sozialpolitik	436
I. Allgemeines	436
II. Ziele	437
III. Instrumente	438
§ 26. Umweltpolitik	440
I. Allgemeines	440
II. Ziele	441
III. Instrumente	442
Sachverzeichnis	445



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG